



# DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

36. JAHRGANG

SEPTEMBER 1986

NUMMER 3

Österreich-Parteitag der ÖVP:

## „Leitlinien einer besseren Regierungspolitik“

Einige Tage nach der Bundespräsidentenwahl wurde im Innsbrucker Kongreßhaus der „Österreich-Parteitag der ÖVP“ abgehalten, an dem mehr als 500 Delegierte aus ganz Österreich teilnahmen. Die Parteitage-Wahl brachte eine eindrucksvolle Bestätigung der führenden Persönlichkeiten der ÖVP, und die „Leitlinien einer besseren Regierungspolitik“ wurden beschlossen. Darin erklärt die ÖVP verbindlich, wie sie als Regierungspartei einen Kurswechsel und eine Wende zum Besseren herbeiführen würde. Die Grundlage der Wende zum Besseren muß dadurch geschaffen werden, daß künftig in allen Bereichen einfach besser gewirtschaftet werden muß. Die „Leitlinien“, das Programm der ÖVP für Regieren, enthalten daher dafür konkrete Ziele und Maßnahmen:

### 1. Mehr Marktwirtschaft in Österreich

Die Entscheidungen müssen von den Behörden zurück zu den Menschen und vom Staat zurück zum Markt verlagert werden. Wir brauchen:

- eine Abkehr von Zentralismus und Bürokratie;
- wesentliche Erleichterungen bei der Neugründung oder Übernahme von Betrieben, eine Stärkung der leistungsfähigen kleineren Familienbetriebe;
- den Abbau der Verbindung von Wirtschaftslenkung und Förderung;
- Beweglichkeit bei den Einkommen und bei der Arbeitszeit;

- die entschiedene Nutzung neuer Export- und Produktionschancen, vor allem in der Landwirtschaft. Und was wir nicht brauchen: immer mehr Vorschriften, die den Spielraum des einzelnen einengen.

### 2. Eine verständliche, faire Steuerreform

Unser Steuersystem ist immer mehr zu einer Quelle des Durcheinanders und des Widerstandes geworden. Deshalb brauchen wir endlich eine Steuerreform, die verständlich und fair ist, die Leistung fördert.

- Die Steuersätze sind wirklich zu senken – das hat schon in anderen Ländern die Wirtschaft angekurbelt und Arbeitsplätze geschaffen.
- Parallel dazu ist das Steuersystem zu vereinfachen; die vielen Ausnahmegestimmungen sind in allen Bereichen zurückzudrängen.

Was wir nicht brauchen: eine Diskussion über Miniereformen, die nicht einmal jene Mehrbelastung ausgleichen, die dadurch entsteht, daß man mit der jährlichen Abgeltung der Teuerung in eine schärfere Besteuerung gerät.

### 3. Spargesinnung beim Staat

Es geht nicht länger, daß der Anteil der Staatsausgaben immer größer wird und sie noch dazu durch Schuldenmachen finanziert werden. Daher muß hier gründlich reformiert werden:

- Der Staatsanteil an den Ausgaben muß in absehbarer Zeit von derzeit 55 Prozent auf unter 50 Prozent sinken.
- Damit die Sanierung populär wird,

muß man die Budgetlage endlich ehrlich darstellen und die Vergabe von Subventionen durchleuchten.

- Die Ausgaben des Staates sind neu zu bewerten – und zwar danach, wie groß ihre soziale oder wirtschaftliche Wirksamkeit ist.

- Die notwendigen Kürzungen der Ausgaben muß man mit schrittweiser Steuererleichterung koppeln.

Was wir nicht brauchen: eine weiterhin ungehemmte Ausgabenpolitik.

### 4. Offensive für die Industrie

Chancen oder gar Impulse zur Modernisierung unserer Industrie sind von dieser Regierung nicht ausgegangen. Wir brauchen endlich eine bewegliche und technologiefreundliche – und erfolgreiche! – Industriepolitik:

- Die Förderung mehr und stärker auf die mittleren Betriebe konzentrieren und vor allem die Gründung von kleinen und mittleren Betrieben erleichtern.
- Die Beweglichkeit des Kapitals pflegen, damit neue leistungsfähige Betriebe entstehen können.

- Neue Produktionen aufbauen und neue Märkte erschließen; zu dieser Aufgabe die Forschung stärker heranziehen.

Was wir nicht brauchen: das Verwirtschlichen von Arbeitsplätzen und das Kassieren von Milliarden aus den Taschen der Steuerzahler.

### 5. Privatisierung, Eigentumsbildung.

Obwohl ihr die Probleme mit den verstaatlichten Betrieben über den Kopf

wachsen, will die sozialistische Koalition von einer Privatisierung von Staatsbesitz wissen. Was wir brauchen, ist ein Fahrplan mit diesen Schwerpunkten:

- Teilprivatisierung der AUA (anläßlich Aufstockungen).
  - Teilprivatisierung von Banken im Staatsbesitz, indem man bei Aufstockungen den Bundesanteil auf jeweils 51 Prozent absinken läßt.
  - Errichtung privater Beteiligungen an der CIAG.
  - Verkauf entbehrlicher Beteiligungen im Bereich der Verstaatlichten Industrie. Allgemein: Wo eine Staatsbeteiligung nicht volkswirtschaftlich notwendig ist, soll sich der Staat zurückziehen.
- Was wir nicht brauchen: Staatsbetriebe, die immer mehr Geld kosten.

## 6. Klare Umwelt- und Energiepolitik

Da richtet man mit Einzelmaßnahmen nicht viel aus – man muß in allen Bereichen an die Umwelt denken und danach handeln.

- Auch die marktwirtschaftlichen Kräfte sind schrittweise für die Umweltpolitik zu mobilisieren, denn ökologisches Handeln ist auch wirtschaftlich sinnvoll.
- Eine langfristige Zielsetzung ist für die Umwelt- und Energiepolitik zu entwickeln. Dabei sollten wir die sparsame Nutzung der Energie und die Erschließung alternativer Energiequellen besonders beachten.
- Schwerpunkt Wasserkraft – ihr wird als sauberste Form der Energiegewinnung weiterhin besondere Bedeutung zukommen.

Was wir nicht brauchen: eine Umwelt- und Energiepolitik, die bloß die Probleme vor sich herschiebt.

## Für eine politische Erneuerung

In den Jahren der sozialistischen Regierungen ist die Distanz zwischen Bürger und Politik erschreckend groß geworden.

Das will die ÖVP gründlich ändern: durch eine Erneuerung der politischen Einrichtungen, durch mehr Rechte und Verantwortung für den Bürger. Dazu nur einige Stichworte: Einführung des Persönlichkeitswahlrechts und der Briefwahl, obligate Volksabstimmung über stark unterstützte Volksbegehren; weniger, aber bessere Gesetze, bürgernahe Verwaltung, Vergabe öffentlicher Aufträge nach objektiven Merkmalen und so weiter.

Selbstverständlich muß in der Verwaltung das Prinzip der Sparsamkeit herrschen; und der Staat muß die kleinen Einheiten – wie etwa die Familie – ideell und materiell stärken.

In seiner großen Schlußrede auf diesem Bundesparteitag der ÖVP ver-

sprach Bundesparteiobermann Dr. Alois MOCK: „Österreichs Bürger erwarten einen Kurswechsel – wir werden ihn durchsetzen.“ Er sagte auch, wie: mit Toleranz und Fairness, mit fester Weltanschauung, mit Einsatz und Ausdauer und mit klaren Alternativen in der Sechspolitik. Weitere wichtige Ausführungen in dieser Schlußrede:

„Eine Welle der Begeisterung, der Zuversicht und der Bereitschaft zu neuem Einsatz geht durch unser Land, durch unsere Partei. Diese Aufbruchsstimmung ist uns eine Verpflichtung: Wir wollen sie zu einem Erfolg für unser Land und seine Bürger machen, die einen Neubeginn wollen.“

Franz Haus

## Der Weg zu neuer Ordnung

Die unliebsamen und unheilvollen Erscheinungen auf politischem und wirtschaftlichem Sektor haben unser Land aufgewühlt und in einen desolaten Zustand versetzt.

Es sollte künftig durch einen vorzeitigen Vorsorgeplan (nicht nur bei den Verstaatlichten) alles unternommen werden, um eine Wiederholung solcher Mißstände zu vermeiden.

Außer Kontrolle des Rechnungshofes genügt nicht, wenn Fehler, die aufgedeckt, nicht behoben oder Hinweise ignoriert werden. Man kann über Kleinigkeiten hinwegsehen, aber wenn es sich um die Vergeudung von Milliardenbeträgen handelt, wären Konsequenzen zu ziehen oder in den Verantwortungsbereich des jeweiligen Managements einzubeziehen.

Es sind in den letzten Jahren so viele Skandale aufgezeigt worden, die bis heute nicht aufgeklärt oder bereinigt worden sind, weil nichts oder wenig dagegen unternommen wurde. Eine rigorose politische Strukturveränderung, die nach den kommenden Nationalratswahlen sicher spruchreif werden wird, bedingt auch eine Klimaverbesserung, die unserem Land und unseren Menschen von Nutzen sein könnte und die gegenwärtige Politikverdrossenheit eindämmt.

Sicherlich wird die neue Regierung die Fehler der Vergangenheit und die jahrelang mitgeschleppte Schuldenlast nicht von heute auf morgen bereinigen können, aber sie wird uns durch neue, bessere Konzepte Voraussetzungen schaffen, um schrittweise, sei es durch eine Einsparungs- und Entspannungspolitik oder andere einschneidende Maßnahmen, zu einem neuen und besseren Weg in die Zukunft zu verhalten. Das heißt, wir brauchen eine Neuord-

„Ein neuer Patriotismus tut not: Österreich muß wieder wichtiger sein als Einzel- und Gruppeninteressen. Neuer Patriotismus – das heißt, das eigene Land zu bejahen, es stark und unabhängig zu erhalten. Das heißt, selbstbewußt, offen, tolerant und weltoffen zu sein. Neuer Patriotismus heißt, vom festen Ufer des eigenen Landes aus Brücken in alle Länder und vor allem zur Nachbarschaft zu bauen. Ein „neuer Patriotismus“ verlangt aber von uns auch, ein neues Verhältnis zwischen Bürgern, Staat und Parteien zu begründen und so einen Beitrag zur Erneuerung unserer politischen Kultur zu leisten.“

nung im Gesamtbereich unseres politischen Denkens und Handelns zum Wohle unseres Landes und seiner Bürger.

Der erste Mann im Staate könnte dazu beitragen, auch im Wege von Konsultativ-Besprechungen mit Dr. Rudolf Kirchschläger den Bau eines christlich-demokratischen Österreich vorzubereiten und zu verwirklichen.

Der neue Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim, der in hochrangigen Positionen tätig war und als langjähriger Generalsekretär der UNO Weltansehen erlangte, bringt die notwendigen Voraussetzungen für dieses hohe Amt im Staate und für eine politische Neuordnung mit.

Er kann nicht nur durch hochpolitische Entscheidungen oder Hinweise und zielführende Anregungen der jeweiligen Regierung zu neuen Impulsen verhelfen, sondern durch sein Veto (Veto-recht) maßgebend in das politische Geschehen unseres Landes direkt oder auch indirekt eingreifen. Dieses Eingreifen gilt nicht für die Innenpolitik allein, sondern vor allem für die Außenpolitik, wo unser Staatsoberhaupt auf Grund seiner früheren Tätigkeiten gute Beziehungen zu vielen Regierungen dieser Welt hat.

Eine Politik, die von Gehässigkeit und Unverständnis geprägt ist, kann keinen Bestand haben, hingegen jene der Toleranz, der Ethik und Verständnisbereitschaft kann internationale Anerkennung finden und für unser Land von Bedeutung sein.

Bei der nächsten Nationalratswahl werden die Österreicher entscheiden, ob sie für eine Neuordnung, einen neuen, besseren Weg für Frieden, Freiheit und Wohlstand sind.

## 25 Jahre Berliner Mauer

Kein ereignisreiches Jubiläum begeht diese seit dem 13. August 1961 errichtete Grenzmarkierung mit allen nur ersinnbaren Sicherungseinrichtungen inmitten einer Millionenstadt. Die offizielle Bezeichnung durch die DDR mit „antifaschistischer Schutzwall“ hört sich wie ein makabrer Scherz an, als Markierung einer Zonengrenze und Umwidmung zur deutsch-deutschen Staatsgrenze ist dieses gewaltige Mauerwerk mit allen Einrichtungen zu abschreckend und zu gefährlich ausgestattet.

Der erkennbare Zweck dieser Mauer liegt sicher vor allem darin, Bürger der DDR und Ostberliner am unkontrollierten Verlassen des sozialistischen Hoheitsgebietes oder an der Flucht in den Westen zu hindern. Warum aber sind vorher überhaupt so viele Bürger geflüchtet und haben den verheißenen Frieden in Freiheit nicht mit Dank und Freude empfunden? Die Menschen

auf beiden Seiten der früheren Sektorengrenze sind sich doch nicht plötzlich fremd geworden, nur die politischen Systeme und Machtgruppierungen unterschieden sich deutlich und rivalisierten!

Den Bürgern Wiens führt dieser Mauerbau um Westberlin herum von 162 km Länge leicht faßlich vor Augen, was der österreichische Staatsvertrag 1955 wirklich gebracht und erspart hat! Wien als „geteilte Stadt“ wäre durch Donaukanal und Donauström als Wassergrenze sowie der 4. und 10. Bezirk im dicht verbauten Gebiet von den übrigen Bezirken am rechten Donauufer und westlich davon fast hermetisch abgeschlossen und mit Wachtürmen gesichert, soweit die westlichen Bezirke an Niederösterreich grenzten.

Das Volk der Weltstadt Berlin hat noch kaum die Verwüstungen und Folgen des Zweiten Weltkrieges überwunden

gehabt, hat diesen Mauerbau zur Teilung der Stadt ertragen müssen und dennoch riesige Aufbaubarbeit geleistet. Diese Verunstaltung Berlins bleibt wohl noch lange bestehen, bildet inzwischen jedoch eine Attraktion für Touristen, hindert aber nicht mehr so rigoreus die Kontakte zwischen West- und Ostberlin.

## Die Wende

Vor wenigen Wochen konnte man in einigen Zeitungen lesen, daß mehr als 370 Universitätsprofessoren und Universitätsprofessorinnen aller Fakultäten unseres Landes in einer gemeinsamen Initiative die Bundesregierung aufgefordert haben, konkrete Maßnahmen zum Schutze des ungeborenen Lebens zu setzen. Für diese Professoren war es sicher eine ernste Gewissensfrage, wenn sie sich zu diesem Schritt entschlossen haben.

Das nun vereidigte Staatsoberhaupt, Herr Dr. Kurt Waldheim, hat während des vergangenen Wahlkampfes mehr als einmal erklärt, er werde ein aktiver oder ein aktiverer Bundespräsident sein. In einer vor dem ersten Wahlgang stattgefundenen Pressesunde hat Herr Dr. Waldheim auch gesagt, er sei Verfassungsjurist und er bekenne sich zur christlichen Weltanschauung. Als Bundespräsident und somit als oberster Hüter unserer Verfassung wird sich nun Herr Dr. Waldheim auch mit der Rechtsfrage auseinandersetzen müssen, ob die im Strafgesetzbuch aufscheinende Fristenregelung verfassungskonform ist oder ob die Aufhebung des strafrechtlichen Schutzes des in den ersten drei Monaten im Mutterleib heranwachsenden Menschen mit Art. 7 (1) der Bundesverfassung und mit Art. 2 (1) der Menschenrechtskonvention im Widerspruch steht. Bekanntlich haben Richter unseres Verfassungsgerichtshofes im Jahre 1973 die Fristenregelung für verfassungskonform erklärt; jedoch sind auch Richter nur Menschen und können sich irren (errare humanum est – Irrn ist menschlich). Die deutschen Verfassungsrichter haben die Fristenregelung für verfassungswidrig erklärt. Während der Besetzung unseres Landes durch Hitlerdeutschland hat es österr. Juristen gegeben, die Todesurteile beantragt und auch gefällt haben; dabei hat ein folgenschwerer Irrtum mitgespielt, da der sogenannte Anschluß null und nichtig war, A. Hitler bei uns nie rechtmäßiger Herrscher und daher auch nicht berechtigt war, in Österreich nationalsozialistische Gesetze in Kraft treten zu lassen.

Dr. jur. Jos. Keckels  
Frastanz

## Deutsche Uneinigkeit

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (BRD) vom 23. Mai 1949 hält an der nationalen und staatlichen Einheit in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 fest. Die „Hallstein-Doktrin“ sieht in der BRD die allein kompetente Vertreterin ganz Deutschlands und hat lange Zeit zum Abbruch der Beziehungen mit jenen Staaten geführt, die die Deutsche Demokratische Republik (DDR) anerkannt haben, die mit der von den Sowjets besetzten Ostzone ident ist.

Diesen Alleinvertretungsanspruch der BRD hat deren Parlament und Regierung das Recht zuerkannt, die sogenannten „Ostverträge“, mit bedeutsamem Gebietsverlust für die in der DDR erfassten Länder verbunden, bis zur neuen polnischen Westgrenze hin abzuschließen. In Übereinstimmung mit der DDR-Regierung sind diese Ostverträge abgeschlossen worden und bedeuten somit auch die staatsrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD und somit nun den Bestand von zwei deutschen Staaten.

Wenn auch das DDR-Regime in Pankow damit einverstanden gewesen ist, muß man an der Zustimmung der Deutschen in der DDR hiezu zweifeln. Sie sind auch gar nicht darüber befragt worden und werden in absehbarer Zeit kaum eine Möglichkeit erhalten, ihre Meinung zu äußern und die Entscheidung der Regierung zu mißbilligen. Mit diesem Gebietsverzicht im Osten geht etwa ein Drittel des Deutschen Reiches von 1937 verloren und wird von Deutschen allmählich mehr entvölkert.

Das DDR-Regime geht beharrlich auf dem Weg der „Realitäten“ als Führung einer marxistisch-sozialistischen Nation weiter, wohl deutscher Sprache, aber ohne Zielrichtung oder Bezug auf eine Wiedervereinigung nach einer deutschen Einheit in einem gemeinsamen Staat oder Staatenbund. Mit dieser von oben herab verordneten Identität als DDR-Staatsvolk und eigene Nation scheinen sich die DDR-Bürger abgefunden zu haben. Die Deutschen in der BRD sind nun nur mehr Nachbarn in einem ausbeuterischen kapitalistischen System und keine durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs entrechtete Brüder mehr.

Das Staatsvolk von Österreich hat um seine nationale Identität lange gerungen und den Wunsch nach der Zugehörigkeit zu einem deutschen Gesamtstaat nach den bösen Erfahrungen von 1938 bis 1945 endgültig aufgegeben. Das wieder erweckte und erneuerte staatliche und nationale Bewußtsein der Österreicher ist ohne äußeren Zwang durch die Nachkriegsjahrzehnte gewachsen und gereift, es ist kein Produkt einer subtilen „Umziehung“. Der Kleinstaat Österreich im Herzen Europas ist der Rest eines bis 1918 bestandenen Großstaates gewesen, dem viele Völker mit verschiedenen Muttersprachen angehörten. Mit allen Nachfolgestaaten der k. u. k. Monarchie bestehen genauso gute Beziehungen wie zur BRD, der Nachbarin. Eine Wiedervereinigung und deutsche Einheit in einem Gesamtstaat ist für Österreicher nicht mehr Traum oder Ziel

## Zeitgeschichte im ÖCV

Die Alten Herren und Studierenden des „Cartellverbandes der katholischen österreichischen Studentenverbindungen“ (ÖCV) sind an Publikationen über die Zeitgeschichte sehr interessiert und aufmerksame Leser. Periodische Zeitschriften bringen in letzter Zeit Artikel über aktuelle Themen des politischen Lebens in Österreich und verweisen dabei auf rege Einflüsse aus dem angeblich geheimnisvollen Männerbund des ÖCV.

Die Zeitgeschichte Österreichs haben auch tatsächlich viele Mitglieder des ÖCV mitgestaltet. Seit 1933, als die NS-Machtübernahme im Deutschen Reich auch die Verbindungen des CV in Deutschland ausschaltete, führt der ÖCV ein Eigenleben als Verband der österreichischen Verbindungen in den Hochschulen. Das Engagement vieler Cartellbrüder im Ständestaat Österreich ist bekannt und hat zu ihrer Verfolgung bei der NS-Machtübernahme nach der Annexion Österreichs im März 1938 geführt.

In der NS-Zeit von 1938 bis 1945 ist der ÖCV im Untergrund rührig gewesen. In den Widerstandsgruppen und Freiheitsbewegungen gegen das Hitlerregime und für Österreichs Wiedererstehen haben Männer des ÖCV ihr

Leben eingesetzt und mit ihren Familien Verfolgung und Leid ertragen müssen. Ihr Geist und ihr Vorbild hat auf viele junge Österreicher eingewirkt und sich auch im Freiheitskampf Österreichs vielfach manifestiert.

Beim Wiederaufbau des befreiten Österreichs nach 1945 sind die Überlebenden aus den Gefängnissen und KZ mit den Heimkehrern aus dem Kriege mützig gewesen, die Verbindungen des ÖCV haben sich reaktiviert und viele bekannte und verdiente Spitzenkräfte der Politik, Kultur und Wirtschaft gestellt. Diese Männer sind hervorragende und informierte Zeitzeugen geworden und können auch ausführlich berichten.

Die Verbandsführung des ÖCV gibt die periodische Zeitschrift „Academia“ heraus, und qualifizierte Autoren behandeln auch Themen der Zeitgeschichte aus verlässlichen Quellen. Die Redaktion der „Academia“ ist im besten Kontakt mit den wissenschaftlichen Instituten und Archiven. Als eine der jüngsten Veröffentlichungen der „Academia“ wird der folgende Artikel „Entnazifizierung nach 1945“ als besonders aktuell und interessant inhaltlich wiedergegeben.

„Academia“ Zeitschrift für Politik und Kultur, Heft VII/August 1986:

### Entnazifizierung nach 1945

Nach der Besetzung Wiens durch die Rote Armee proklamierten die Vertreter der antifaschistischen Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ am 27. April 1945 vor dem zerstörtem Parlament die Unabhängigkeitserklärung, setzten die Provisorische Staatsregierung ein und betrauten diese vorübergehend die Rechte der besetzenden Mächte mit der vollen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt. Die Provisorische Regierung hatte auch sofort die Vorbereitungen zur Berufung einer Volksvertretung im Wege allgemeiner, gleicher und freier Wahlen zu treffen. Diese Staatsregierung stellte sich dem russischen Marschall Tolbuzin vor und erhielt von ihm die Anerkennung für seinen Befehlsbereich südlich der Donau. Die sowjetische Besatzungsmacht informierte erst nachträglich ihre westlichen Verbündeten von der Bildung einer österreichischen Staatsregierung in Wien.

Dieses Kabinett Renner, das sich als Provisorische Staatsregierung für die ganze erst wiedererstehende Republik Österreich kompetent betrachtete, beschloß mit 1. Mai 1945 rückwirkend Verfassungsgesetze mit vorläufiger

Geltung. Am 8. Mai 1945 wurde das Verbotsgesetz beschlossen, mit dem die NSDAP, ihre Wehrverbände (SS, SA, NSKK, NSFK), ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände sowie alle nationalsozialistischen Organisationen und Einrichtungen überhaupt aufgelöst wurden. Ihre Neubildung wurde untersagt. Nach § 3 wurde es jedem untersagt, sei es auch außerhalb dieser Organisationen, sich für die NSDAP oder ihre Ziele irgendwie zu betätigen. Das Registrierungsverfahren sollte alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP und ihre Gliederungen erfassen, um vor allem Sühnemaßnahmen treffen zu können. Es wurde das Kriegsverbrechergesetz beschlossen, nach dem auch die Spitzenfunktionäre der vor 1938 in Österreich illegalen NSDAP strafbar waren.

Wie aus den Rechtsvorschriften alles typische Gedankengut des Nationalsozialismus zu entfernen war, sollte auch eine Säuberung der Verwaltung, der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens vom Nationalsozialismus prompt und umfassend einsetzen. Ein „Beamten-Überleitungsge-

setz“ ermöglichte den Aufbau eines neuen Personalstandes und die Ausscheidung der Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Dienst. Eine freiwillige und symptomatische „Entnazifizierung“ war schon in den letzten Kriegsjahren seit dem Fall Stalingrad sehr auffällig geworden, teils als Folge der Wendung des Kriegsglücks und der schweren Niederlagen mit hohen Verlusten, aber auch wegen des von Joseph Goebbels ausgerufenen „totalen Krieges“ mit vielen Entbehrungen und wegen des immer brutaler und blutrünstiger gewordenen Terrors der NS-Machthaber im immer mehr schrumpfenden Herrschaftsbereich unter der auch durch die alliierten Bombenangriffe erschrockenen und demoralisierten Bevölkerung.

Die Westmächte waren an der Demokratisierung Österreichs sehr interessiert und sie setzten in den von ihnen besetzten Gebieten nach dem Einmarsch auch mit der Entnazifizierung ein. Die Sowjets überließen des anfangs der österreichischen Staatsregierung. Alle Besatzungsmächte hatten sich aber die höchste Gewalt in den Besatzungszonen vorbehalten, bis die Ämter einer österreichischen Zentralverwaltung selbst hinreichend funktionsfähig sein würden. Im Alliierten Rat waren die vier Großmächte versammelt und hatten die Aufgaben durch die miteinander getroffenen „Kontrollabkommen“ zugewiesen. Alliierte Kommissionen sollten auch ein fortschrittliches Erziehungsprogramm erstellen, um alle Spuren der „Nazi-Ideologie“ ausmerzen und um der österreichischen Jugend demokratische Grundsätze einzuprägen.

Eine Alliierte Kommission konnte ohne Weisung an österreichische Behörden direkte Maßnahmen ergreifen, die insbesondere die Aufklärung und Ahndung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrafen. Die österreichische Regierung blieb aber weiter zuständig, alle Personen, die solcher Verbrechen beschuldigt wurden und unter ihre rechtliche Gewalt fielen, von den Gerichten aburteilen zu lassen, vorübergehend das Kontrollrecht des Alliierten Rates hinsichtlich Verfolgung und Bestrafung solcher Verbrechen. Militärgerichte der Alliierten Mächte und österreichische Strafgerichte waren intensiv damit befaßt und verhängten die ersten Jahre Todesurteile und langjährige Freiheitsstrafen.

Vorbereitet für die „Entnazifizierung“ hatten österreichische Emigranten in England, im Exil oder Asien fern der Heimat und sicher vor den Gestapohäusern, für die Zeit nach dem Krieg und dem Zusammenbruch des

Dritten Reiches geleistet. Im Buch „Politik im Wartesaal“ vermerkte Helene Maimann, daß Wilhelm Rosenzweig (später Verfassungsrichter) vom sozialistischen Büro in London unter der künftigen Entnazifizierung auch die Entfernung aller „Cevauer“ (Mitglieder des Cartelverbandes katholischer Hochschüler), Klerikofaschisten und Deutschnationalen verstanden wissen wollte, ferner einen Austausch der gesamten mittleren und höheren Beamtenschaft, der meisten Richter und des ganzen Sicherheitsapparates für erforderlich hielt. Diese Stimme und ähnliche Aversionen gegen die „Vaterländischen“ im vergangenen Ständestaat Österreich fanden bei den Westmächten etwas Gehör und später auch tatsächlich in Forderungen und Anordnungen der Kontrollmächte im befreiten und besetzten Österreich eine Resonanz. Beispiele hierfür werden noch gebracht.

Über Veranlassung der Staatsregierung und mit Zustimmung des Alliierten Rates wurde ab August 1945 die Abhaltung einer Länderkonferenz unter Einbeziehung der Vertreter der zugelassenen politischen Parteien aus den westlichen Bundesländern vorbereitet. In den Bundesländern hatten sich Landesregierungen im Einvernehmen mit den westlichen Besatzungsmächten gebildet. Vom 24. bis 26. September 1945 konnte die 1. Länderkonferenz in Wien zusammengetreten, die nach Überwindung einiger Unstimmigkeiten doch zu einer Kundgebung der Einheit der österreichischen Demokraten wurde. Vertreter aller Besatzungsmächte hatten an der Konferenz teilgenommen und waren danach sehr beeindruckt. Die Staatsregierung wurde um Ländervertreter erweitert und erhielt vom Alliierten Rat die Anerkennung für ganz Österreich. Als Termin für Nationalrats- und Landtagswahlen wurde der 25. November 1945 festgesetzt. Die Alliierten wurden in einer Resolution gebeten, eine freie und uneingeschränkte Durchführung der Wahlen zu ermöglichen.

In der 2. Länderkonferenz vom 9. bis 11. Oktober 1945 wurden Debatten über die Ausschließung der Nationalsozialisten von den kommenden Wahlen geführt. Dr. Karl Gruber aus Tirol wollte eine Unterscheidung zwischen aktiven NS-Mitgliedern und bloßen Mitläufern erreichen. Er mußte auch dagegen auftreten, daß Mitglieder der „Vaterländischen Front“ oder irgendeiner politischen Organisation des Ständestaates, die als Anhänger des sogenannten Austrofaschismus diskriminiert wurden, ebenso vom Wahlrecht ausgeschlossen wurden. In einer Resolution wurde dann die Nichtzulassung sämtlicher Mitglieder der

NSDAP, auch Parteimitglieder, und der Mitglieder der Wehrverbände SA und SS entschieden.

Kurz darauf legte die US-Militärregierung völlig überraschend Listen mit den Namen von früheren Heimatschutzführern, Sturmshärlern und prominenten VF-Funktionären vor und meldete gegen diese Leute einen Mentalitätsvorbehalt an. Dr. Gruber konnte schließlich die Amerikaner vor diese-zuglichen Maßnahmen abbringen, weil dies zur Benachteiligung der ÖVP-Stimmen gegenüber den Linksparteien führen würde. Die Wahlwerbung lief an, wobei die KPD durch Unterstützung der Sowjets an Intensität und Materialeinsatz die anderen Parteien weit übertraf. Die Wiener ÖVP wagte die Affizierung eines Plakates: „Ör-Wiener und Wiener ohne Uhr: wählt ÖVP!“ Ein SPÖ-Plakat forderte den Austausch von ehemaligen Nationalsozialisten gegen österreichische Kriegsgefangene in Sibirien. Viele wahrheitsgemäße Frauen und nahe Angehörige von Nationalsozialisten versetzte dies in Furcht, so daß sie ihre Stimme für die mildere ÖVP abzugeben versprachen und ihr auch tatsächlich eine absolute Mehrheit bei den Nationalratswahlen 1945 brachten.

Während dieses Wahlkampfes erfolgte nun überraschend für alle am 22. Oktober 1945 durch die US-Militärregierung die Verkündung der „Entnazifizierungsnormen“, die sich auch auf Funktionäre des Ständestaates erstreckten. Diesen Normen zufolge sollten auch jene Personen, die aktiven und maßgeblichen Anteil an undemokratischen Maßnahmen des Ständestaatesregimes oder seiner militanten Formationen genommen hatten, nicht zur Wahl zugelassen werden und überdies aus dem öffentlichen Leben, aus Funktionen im Handel, in der Industrie und in der Landwirtschaft ausgeschlossen werden. Auf viele führende Politiker der ÖVP wäre dies anzuwenden gewesen, wie auf die vorgesehene Minister Dr. Heinrich Gleissner und Ing. Leopold Figl, die jahrelang in den Konzentrationslagern des Naziregimes gelitten hatten. Massive Vorhalte Dr. Karl Grubers bei den Amerikanern erreichten schließlich etliche Abstriche aus diesen Listen der „Rassschmilt- und Verhaftungsorden“ mit dem offiziellen Titel „Mandatory Removal and Exclusion Categories“.

Über die Maßnahmen zur Demokratisierung Österreichs und insbesondere über Anordnungen der Besatzungsmächte zur Entnazifizierung wurde bereits viel berichtet und übermittelt. Örtliche Militärkommandanten hatten einen großen Machtbereich, erließen oft unverständige und unvollständige

Ukase oder Ordern und zogen österreichische Funktionäre und Organwalter manchmal zur Verantwortung wegen Nichtbefolgung heran. Manches blieb bloß auf dem Papier unbeachtet und unbehandelt stehen. Besondere Erwähnung für den ÖCV verdient eine solche Maßnahme der Briten in der Steiermark, worüber Univ.-Dozent Dr. Gerald Grinschgl, Vortragspräsident von 1943 bis 1946, berichtete:

„Nun ereignete sich jene Groteske der Geschichte, nämlich die Tatsache, daß die Grazer CV-Verbindungen durch Dekret der britischen Militärregierung vom 21. Dezember 1945 gezwungen wurden, ihre Tätigkeit einzustellen. Eine Begründung erfolgte nicht, jedoch war es ganz klar, daß unsere Gegner, teils getarnte ehemalige Nationalsozialisten, teils militante Sozialisten, die englische Besatzungsmacht zu diesem Schritt veranlaßt hatten. In England war ja inzwischen die Churchill-Regierung von der Labour-Party abgelöst worden; der Labour-Einfluß, auch unter den Besatzungstruppen, nahm rasch zu, und unsere Gegner verstanden es hervorragend, den CV, der unter der NS-Zeit die größten Blutopfer gebracht hatte, als feindsichtig hinzustellen.“

Diese Groteske, das Verbot des CV in der Steiermark durch die Engländer, dauerte fast zehn Monate an, und erst dem damaligen Bundeskanzler Figl gelang es, die Aufhebung dieser Verordnung zu bewirken. Wenn wir uns auch durch dieses Verbot in unserer Verbindungstätigkeit in Graz nicht beeinflussen ließen – die Gefahr, der wir uns durch die Widersetzlichkeit gegen die Anordnung der Besatzungsmacht aussetzten, war ja doch um Weitem geringer als diejenige, die wir in der NS-Zeit auf uns genommen hatten –, so war doch eine ordnungsgemäße Vortragsarbeit mit all den dazu notwendigen administrativen Tätigkeiten nicht möglich. So übergaben wir am 2. Februar 1946 in Wien die Geschäfte des Vortrages an die Norica, wobei Dr. Johann Wollinger die Funktion des VOP übernahm.“

Zu bemerken wäre hier auch, daß die ÖCV-Verbindungen zumeist im Untergrund während der NS-Zeit tätig waren. Im Mai 1945 wurde der volle Betrieb wieder aufgenommen, wobei Verbindungsgerichte und eigene Kommissionen rigore die Reihen entnazifizierten und strengere Maßstäbe als die Besatzer und die Behörden anwendeten. Ehemalige Nazis, längst wieder davon bekehrt gewesen und wegen politischer Haft in der NS-Zeit als NS-Opfer amtlich anerkannt und geehrt, wurden demittiert und erreichten trotz aller Bemühungen und Interventionen keine Rehabilitierung. Diese

internen Verfahren fielen unter das Konvertierungsgesetz und wurden demnach der Allgemeinheit nicht bekannt. Von den Militärgerichten der Alliierten und auch nach dem österreichischen „Kriegsverbrechergesetz“ wurden NS-Verbrechen von eigens errichteten Volksgerichten anfangs sehr streng verurteilt. In einer Zusammenfassung über diese Strafgerichtsbarkeit berichtete der jetzige Generalanwalt Dr. Karl MARSCHALL vom Bundesministerium für Justiz im Jahre 1973: „Bei der Aufhebung des Kriegsverbrechergesetzes im Jahre 1957 wurden gegen mehr als 130.000 Personen Verfahren nach dem Kriegsverbrechergesetz durchgeführt. Von diesen Verfahren wurden mehr als 23.000 mit Urteil beendet, davon mehr als 13.000 mit Schuldpruch und Verurteilung zu oft sehr empfindlichen Strafen. Von den österreichischen Volksgerichten wurden in der Zeit der Geltung der Todesstrafe 43 Todesurteile gefällt, von denen 30 vollstreckt wurden; 2 zum Tod Verurteilte endeten durch Selbstmord. Eine weitere erhebliche Anzahl von der österreichischen Gerichtsbarkeit unterliegenden Personen wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit von alliierten Militärgerichten und im Ausland verfolgt und abgeurteilt.“

Ab 1946 überließen die Alliierten die Entnazifizierung den österreichischen Behörden und beschränkten sich auf die Kontrolle. Nach dem mehrmals novellierten „Verbotsgesetz“, das erst nach Verschärfungen die Zustimmung des Alliierten Rates erhalten hatte, waren im Februar 1946 etwa 524.000 ehemalige Nationalsozialisten als „Belastete“ und vorwiegend als „Minderbelastete“ registriert, die nicht oder nicht mehr in einer Kriegsgefangenschaft waren. Befristete Schöffengänge waren festgesetzt, wie eine Arbeitspflicht bei Aufräumungsarbeiten und eine Anheftung in einem Anhaltelager zur Umerziehung auf Verfügung des österreichischen Volksgerichtes war möglich. Im Lager Glasenbach schien eine Umerziehung einstiger NS-Bonzen ziemlich wirkungslos geblieben zu sein. Ein Amnestiegesetz vom 21. April 1948 befreite die etwa 482.000 Minderbelasteten von den Wahlpflichten und ließ sie wieder wahlberechtigt werden. Durch individuelle Gnadenakte des Bundespräsidenten und eine weitere gesetzliche Amnestie im Jahre 1953 wurden auch die etwa 42.000 Belasteten wieder entzöhnt und vollberechtigte Staatsbürger.

Am 9. Oktober 1949 fanden termingemäß wieder Nationalratswahlen statt, bei denen die amnestierten „Minderbelasteten“ mit ihrem gewaltigen Stimmenpotential wie ehrlieh bekehrte

Demokraten umworben wurden. Sie sollten integriert oder nach einem anderen Vorhaben „inhaliert“ werden. Die beiden Großparteien erhielten sicher auch einen Stimmenanteil dazu, jedoch die zugelassene „Wahlpartei der Unabhängigen“ erhielt den größten Teil ihrer Stimmen und zog mit 16 Mandaten ins Hohe Haus ein. Bei einigen ihrer Mandatäre ließ sich ihre demokratische Gesinnung und Läuterung wenig erkennen, und sie schloßten oft mit ihrem Wortschatz von ehemals die anderen demokratischen Abgeordneten. Der NS-Geist wurde nur mehr rudimentär im kümmerlichen Ausmaß wahrgenommen, aber einzelne Fasern dieses Syndroms tauchten in neuen Formen leicht getarnt immer wieder auf.

Als Strukturelemente des gegenwärtigen Rechtsextremismus werden in der Fachliteratur der Zeitgeschichter und Politikologen aufgezählt: Führerprinzip und Führerkult, Herrenmenschentum, Betonung einer alldutschen Schicksals- und Kulturgemeinschaft, Blut- und Boden-Mythos, Elitenbildung, Rassismus und Antisemitismus, Minderheitenfeindlichkeit und Fremdenhaß, zumindest Vorurteil gegen solche Gruppen und manchmal nur Andersartige, Beschränkung der Frauenrolle auf Haus, Herd und Kindererziehung, „Law-and-order“-Denken, antiparlamentarische, antiparlamentarische und antidemokratische Lösungen, autoritär-aggressive Verhaltensweisen, Antisozialismus und Ablehnung von Organisationen der Arbeiterbewegung.

Imperialismus und Revanchismus, Aufbruchstendenzen, Leugnung von Kriegsschuld und Kriegsverbrechen unter dem Hitlerregime, betonter Militarismus mit Forderung des blinden Gehorsams, Ablehnung der Neutralität im Völkerrecht, Traditionalismus, Vergangenheitsbezogenheit und anderes mehr als Spuren des NS-Ungeistes in neuen Formen und Ideologien.

Von einer völligen „Bewältigung“ der unmürhlichen und unheilvollen NS-Zeit kann kaum jemand überzeugt und überzeugend lehren und reden. Aber eine „Verdrängung“ ist seit den Anfängen der Zweiten Republik schon erkennbar gewesen. Die einst dem Führer Adolf Hitler treu ergebenen und fanatischen Funktionäre oder „Leiter“ (Goldfasane) sowie einfachen Parteigenossen wollen nicht mehr an ihre frühere Rolle erinnert werden. Andere wieder bedauern sehr, daß sie nicht rechtzeitig oder zumindest am Kriegsende beim inneren aktiven Widerstand tätig waren und dies nachweisen hätten können. Eine große Mehrheit hat nur aus Angst vor Schikanen nach außen loyal die nicht vermeidbaren Pflichten eines Volksgenossen und Bürgers des Großdeutschen Reiches erfüllt. Die jüngeren Generationen haben es schwer, alles über diese Vergangenheit bis 1945 bereits jetzt zu erfahren zu können, um daraus Lehren zur Bewältigung der Gegenwart und für die Zukunft mit völlig neuen Problemen und Krisen zu ziehen.

—JW—

## Christlich-Soziale und Heimwehren

Seit 1929 gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen den Christlich-Sozialen um den Arbeiterführer Leopold Kunschak und den Spitzenfunktionären der „Österreichischen Selbstschutzverbände“, die Heimwehren, die Heimwehren, den Heimatschutz und den Selbstschutzverband als Dachorganisation im Bundesgebiet erfassend. Kunschak führte die christliche Arbeiterschaft und den Freiheitsbund; er vertrat deren Interessen und Grundsätze innerhalb der demokratischen Christlich-Sozialen Partei. In der Prälatur Dr. Ignaz Selpel und Dr. Carl Vaugini die Spitzenfunktionäre waren. Sternberg in Oberösterreich, Steidle in Tirol und Pirmer in der Steiermark tendierten zu einem rechtsradikalen Kurs und für ein eigenes politisches Programm der Heimwehren, während Raab in Niederösterreich und Fay in Wien nur eine militante Formation der Christlich-Sozialen Partei führen wollten.

Besonders im starken Heimatschutz-

verband Niederösterreich, dem auch der Bauernbund korporativ angehörte, traten politische, weltanschauliche und auch persönliche Gegensätze zu Tage, die einer Klärung bedurften. Landesführer Ing. Julius Raab berief deshalb eine Generalversammlung seines Landesverbandes nach Korneuburg ein. Der Bundesführer Dr. Richard Steidle und sein Stab wollten bei diesem Treffen auch die Gesamtbewegung straffen und die Kernfrage einvernehmlich lösen: Sind die Heimwehrenverbände bloß eine Abwehrbewegung des regierenden Bürgerblocks gegen die Sozialdemokraten und dessen militante Republikanischen Schutzbund oder soll die Heimwehrenbewegung eigene politische Ziele verfolgen und selbst für die gesetzgebenden Körperschaften kandidieren? Die Generalversammlung fand am 18. Mai 1930 vormittag im Korneuburger Gasthof Taul statt, zur gleichen Zeit wurde auf dem Korneuburger Hauptplatz der Gauaufmarsch der nie-

derösterreichischen Heimatschützer abgehalten, dem eine Feldmesse mit einer Standarderwehe folgten. Die Generalversammlung nahm nach Berichten der Behördenvertreter einen turbulenten Verlauf. Schließlich kam es doch zu einer Einigung über das künftige Programm, dessen Titel und Urtext nach einer Presseausendung und Plakaten der Bundesführung der Österreichischen Selbstschutzbünde lautete:

#### „Richtung und Gesetz der Heimatwehren

Wir wollen Österreich von Grund auf erneuern! Wir wollen den Volksstaat der Heimatwehren! Wir fordern von jedem Kameraden: den unverzagten Glauben ans Vaterland, den rastlosen Eifer zur Mitarbeit und die leidenschaftliche Liebe zur Heimat.

Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und zum Wohle des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen. Wir müssen eigenen Vorteil vergessen, müssen alle Bindungen und Forderungen der Parteien unserem Kampfziel unbedingt unterordnen, da wir der Gemeinschaft des ganzen deutschen Volkes dienen wollen!

Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat! Wir wollen an seine

Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen der großen Stände und aus den fähigsten und bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird.

Wir kämpfen gegen die Zersetzungs unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf und die liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung. Wir wollen auf berufsständischer Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen. Wir werden den Klassenkampf überwinden, die soziale Würde und Gerechtigkeit herstellen. Wir wollen durch eine bodenständige und gemeinnützige Wirtschaft den Wohlstand unseres Volkes heben.

Der Staat ist die Verkörperung des Volksganzen; seine Macht und Führung wacht darüber, daß die Stände den Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft eingeordnet bleiben.

Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgemeinschaft: er sei bereit, Gut und Blut einzusetzen, er kenne die drei Gewaltigen: den Gottesglauben, seinen eigenen harten Willen, das Wort seiner Führer!

Diese Grundsätze wurden als „Kornneuburger Eid“ von der Heimwehrführung beschlossen, in den

nächsten Tagen und Wochen allen Ortsgruppen schriftlich übermittelt und fast durchwegs förmlich beedeet. In der gesamten Inlandspresse wurden diese Grundsätze der Heimwehren publiziert und insbesondere die Ausführungen einzelner Spitzenfunktionäre hiezu lebhaft kommentiert, wie z. B. Stedie: „Wir bekennen uns zum Faschismus!“ Diese Leitsätze der Gesamtbewegung der Heimwehren wurden als rechtsradikales Kontrastprogramm zum Linzer Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei dargestellt, das Echo war auch dementsprechend vor allem bei den Sozialisten, die heftig gegen die Gefahr für die Verfassung und die Demokratie protestierten. Auch der amtierende Bundeskanzler Dr. Schober und Vizekanzler Ing. Schumy, führende Politiker des regierenden Bürgerblocks, sahen in diesen verkündeten Grundsätzen der Heimwehren eine Kampfansage gegen die Regierung, die demokratische Verfassung und den Parteienstaat.

In der Christlich-Sozialen Partei gab es bedeutend mehr ablehnende Kritik als Verständnis hierfür oder gar Zustimmung. Die Kunschak-Gruppe und besonders der Landesobmann des niederösterreichischen Freiheitbundes Josef Dengler griffen die Heimwehr-

## DIE KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR VORARLBERG

ist die gesetzliche Interessenvertretung  
für mehr als 100.000 Arbeitnehmer.

- Sie vertritt deren Belange in Fragen der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Kulturpolitik. Sie stellt Beisitzer für das Arbeitsgericht und das Schiedsgericht der Sozialversicherung. Sie sendet Vertreter in zahlreiche Körperschaften, wie die Vorarlberger Gebietskrankenkasse, den Landesschulrat und Beiräte der Landesregierung.
- Sie berät und interveniert in Fragen des Arbeitsrechtes, der Sozialversicherung, des Lehrlings- und Jugendschutzes sowie in Konsumentenangelegenheiten.
- Sie bietet der gesamten Bevölkerung kulturelle Einrichtungen an: Abendkurse, Bibliotheken, verbilligte Eintrittskarten für Theateraufführungen und Förderunterstützung für Besucher des Abendgymnasiums für Berufstätige.
- Sie vergibt Wohnbaudarlehen, Stipendien und Lehrausbildungsbeihilfen; für langjährig tätige Arbeitnehmer und Jugendliche organisiert sie kostenlose Erholungsaufenthalte.



DIE INTERESSEN DER ARBEITNEHMER VERTRETEN  
UND DAS GEMEINSAME IM AUGE BEHALTEN

**Kammer für Arbeiter und Angestellte  
für Vorarlberg**

führung wegen des Rechtsruckes zum Faschismus nach dem Vorbild Mussolinis und auch Gömbös heftig an und distanzieren sich deutlich davon. Christlich-sozialen Mandate, die das Korneuburger Programm mitgeschlossenen und das Gelöbnis darauf abgelegt hatten, wurden mit Vorwürfen überschüttet. Dies war deshalb beachtlich, weil ja der Niederösterreichische Bauernbund das Gros der Mitglieder des Heimatschutzes stellte. Es war auch eine andere Version dieser Grundsätze, vermutlich nur ein Vorentwurf im Umriss, sehr umstrittene Textstellen aufweisend. Eine solche Stelle behandelte die Gewerkschaftsfrage und hätte gelaute: „Für jede Ständegruppe gibt es nur eine einzige beauftragte und staatlich anerkannte Vertretung, nicht wie heute rote, schwarze, gelbe und grüne Gewerkschaften und Verbände.“ Im ausgesendeten Text schien diesbezüglich nichts auf. – Sehr kritisch wurde eine ursprüngliche Textstelle über die Stellung der Kirche behandelt: „Die Erziehungsfrage wird der Einflußnahme der Kirche völlig entzogen und einem staatlichen Organ zur Regelung überwiesen. Die Kirche selbst wird der Oberaufsicht des Staates unterstellt.“ Eine solche ursprünglich vorgesehene Textstelle wurde vehement abgestritten. Viele Jahre später zitierte die „Österreichische Arbeiterzeitung“ noch immer diese Textstellen, die nur nachträglich gestrichen worden seien. Bei den folgenden und letzten Nationalratswahlen in der Ersten Republik am 9. November 1930 traten in Wien und Niederösterreich die Christlich-Soziale Partei und die Heimwehren mit einer gemeinsamen Liste an, während in den anderen 7 Bundesländern die Heimwehrverbände als „Heimatblock“ kandidierten und 8 Mandate erhielten. Der erstmalig auftretende „Nationale Wirtschaftsblock und Landbund“ kam mit 19 Mandaten durch. Die Christlich-Soziale Partei fiel im Vergleich zu 1927 von 73 Mandaten auf 66 zurück. Die Sozialdemokratische Partei gewann 72 Mandate gegenüber 71 im Jahre 1927 und war somit zur mandatsstärksten Partei im Nationalrat geworden. Prälat Sipel konnte die Sozialisten nicht zu einer Koalition mit den Christlich-Sozialen bewegen und eine Chance zur Besserung der Krise in der parlamentarischen Demokratie war damit verfallen.

Zu dem schwebelnden Konflikt zwischen Christlich-Sozialen und Heimwehren zeichnete sich seit Ende 1930 noch eine Spaltung innerhalb der Heimwehrbewegung ab. Mit dem eingeschlagenen national-antidemokratischen Kurs begann auch eine innere Reorganisation. Als die Heimwehr bei

den niederösterreichischen Landtagswahlen kein Mandat erhielt, löste Dr. Primer den bisherigen Bundesführer Starhemberg ab. Der Primerputsch im September 1931 mäläng kläglich und diskreditierte den nationalen Heimwehrführer. Die steirische Heimwehrführung schloß schließlich ein Kampfbündnis mit der NSDAP, die anderen Verbände mälängten sich deutlich unter dem neuerlichen Bundesführer Starhemberg. Der persönliche Einsatz Starhembergs für die von Bundeskanzler Dollfuß angestrebte Lausanner Anleihe erreichte deren knappe Annahme im Parlament. Es kam aber deswegen zu einer weiteren Spaltung der Heimwehren. Im „Verband von St. Marein“ sagten sich die Heimwehren der Steiermark, Niederösterreichs, Salzburgs und Kärntens von der Gesamtbewegung los, wurden aber bald teilweise wieder eingegliedert.

Bundeskanzler Dr. Carl Vaupion konnte nach den Wahlen von 1930 keine arbeitsfähige Regierung aufstellen. Ihn lösten die bürgerlichen Kabinette Dr. Ender, Dr. Buresch I und II kurzfristig ab, ohne die Heimwehren einzubeziehen. Erst Dr. Engelbert Dollfuß gelang am 20. Mai 1932 die Bildung einer Mehrheitsregierung. Christlich-Soziale, Landbund und Heimatblock als Koalitionspartner zusammen hatten im Parlament 1 Stimme Mehrheit, der die Opposition der Großdeutschen und der Sozialdemokraten gegenüberstand. Eine große Wende brachte die sogenannte „Selbstausschaltung“ des Nationalrates in einer Sitzung am 4. März 1933, als wegen einer Abstimmungsfrage alle drei Präsidenten zurückgetreten waren. Die Regierung betrachtete dies nicht als eine „Staatskrise“ mit einer Arbeitsunfähigkeit der Bundesregierung verbunden und nutzte die Handlungsunfähigkeit des Nationalrates für Reformen aus. Seit langem war eine Verfassungsreform in Vorbereitung und der Einbau von beratungsfähigen Körperschaften in die Verfassung im Sinne der päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno“ von 1931 schwebte den klerikalen Christlich-Sozialen als Modell vor. Durch die innenpolitische Krise möglich, auf das Drängen Mussolinis hin, die Sozialisten auszuschalten, bestärkt von den Heimwehren, die nunmehr als „Heimatschutz“ bundesweit eingeführt und mit dem Segen des hohen Klerus wurde ein autoritärer Kurs eingeschlagen.

Am 20. Mai 1933 rief Dollfuß zum Eintritt in die „Vaterländische Front“ auf, die als Volksbewegung mit antimarxistischem Einschlag als die krisenge-schüttelte Christlich-Soziale Partei einsetzen sollte. Bei der Regierungsumbildung am 21. September 1933 im

Kabinett Dollfuß wurden der christlich-sozialen Parteichef Vaupion und die Landbändler durch Heimatschützer ersetzt. Einzig und allein Leopold Kunschak warnte öffentlich vor dem neuen Kurs des Bundeskanzlers und trat auch der VF nie bei. Die Opposition war ihmgelegt, ein Verbot zur Durchführung von Landtagswahlen wurde erlassen, der Verfassungsgerichtshof löste sich auf und eine Pressenachrichtensur wurde eingeführt. Notverordnungen nach dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz 1917 erließ hiezu die Bundesregierung. Die regierungstreuen Heimatschützer unterstützten gerne diesen autoritären Kurs, der ihrem Korneuburger Programm teilweise entsprach.

Die Sozialdemokraten opponierten vorerst zaghaft gegen Dollfuß, bis schließlich der Bürgerkrieg am 12. Februar 1934 ausbrach und verlustreich für alle verlief. Die Exekutive mit dem Schutzkorps bekämpfte 128 Tote und 409 Verwundete, der Schutzbund hatte nach offiziellen Angaben 137 Tote und 399 Verwundete zu beklagen. Vom Ständerichter wurden im Verlauf des Bürgerkrieges 8 Todesurteile an Sozialisten verhängt und auch vollstreckt. Die SDAP und die Freien Gewerkschaften wurden verboten und in die Illegalität gedrängt. Viele Sozialisten flohen ins Ausland. Die Wunden dieses unruhigen und blutigen Bürgerkrieges vernarbten bis heute noch nicht völlig.

Am 29. April 1934 bestätigte das Rumpfparlament die von der Regierung Dollfuß vorgelegte neue Verfassung des „Ständestaates“, die der Kanzler am 1. Mai 1934 im Radio der Öffentlichkeit vorstellte. Die politischen Parteien hatten im neuen Staat keinen Platz mehr. Die Reste der bereits unbedeutend gewordenen Christlich-Sozialen Partei gingen in der VF auf. Die Heimatschutzbewegung war am Zenit ihrer Macht angelangt, konnte allein mit ihren militärischen Kolonnen die Straßen und Plätze beherrschen und als Schutztruppe der VF fungieren. Ihre Spitzenfunktionäre waren in der staatlichen Verwaltung des Bundes und der Länder in maßgebliche Posten aufgerückt und bewiesen ihre Treue zu den Grundsätzen, die sie systematisch voll realisieren wollten.

Besonders aktiv waren die regierungstreuen gebliebenen Heimatschützer im Kampf gegen die österreichischen Nationalsozialisten. Bei der Niederschlagung des Putsches im Juli 1934 hatten die Wehrverbände fast 53.000 Freiwillige aufgeboten, die das Bundesheer und die Sicherheitskräfte intensiv unterstützten. Die Regierungskräfte bekämpften im Juli 1934 insgesamt 104

Tote, davon waren 56 Heimatschützer. An Hitlers erster Niederlage in seiner Eroberungspläne hatten also die Heimatschützer hervorragend mitgewirkt und einen hohen Blutzoll geleistet. Österreichs Bestand und Unabhängigkeit wurde dadurch für fast 4 Jahre gesichert und für Mitteleuropa blieb der Frieden länger erhalten! Dem brutal ermordeten Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß war Dr. Kurt Schuschnigg gefolgt. Dem von ihm geführten Kabinett und der Frontführung der VF gelang bis 1936 die Entmachtung des Heimatschutzes, nachdem das Bundesheer und die Exekutive stark genug geworden waren, für die Ruhe und Sicherheit im Inneren Österreichs zu sorgen. Die Heimatschützer wirkten in den neuen Organisationen und Formationen des autoritären Ständestaates auf allen Ebenen mit. Mit der Annexion Österreichs durch Hitler im März 1938 begann auch der Leidensweg vieler alter Heimatschützer in die KZs als potentielle Gegner und erwiesene Feinde dieses NS-Regimes, das das vergangene autoritäre Regime von Österreich hatte und blutig verfolgte. Ein ehrendes Gedenken müssen wir auch diesen Opfern im Kampfe für Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit widmen!

—Dr. Josef WINDISCH—

## Märtyrerpriester Maximilian KOLBE

45 Jahre nach seinem qualvollen Tod im KZ Auschwitz soll dem Franziskanerpaten Raimund Maximilian KOLBE ein Gedenken gewidmet werden, der freiwillig für einen anderen politischen Häftling am 14. August 1941 in einer Hungerzelle ermordet wurde. Das Schicksal des polnischen Paters als Verfolgter des grausamen NS-Regimes und damit auch der Leidensweg vieler Christen sollen der Nachwelt vor Augen führen, zu welchen graßlichen Terrormaßnahmen diese einstigen totalitären Machthaber fähig und willens waren.

Am 28. Juli 1941 war der polnische KZ-Häftling KLOS bei Forderungen erwischen und eine sofortige Suchaktion der SS-Wachmannschaften blieb erfolglos. Der SS-Lagerführer FRITSCH bestimmte als abschreckende Reprise für zehn Häftlinge den Tod im Hungerbunker und nahm am 2. August 1941 auf dem Appellplatz die Auswahl unter den angetretenen Häftlingen vor. Darunter befand sich der Pole Franz GAJOWNICZEK, ein Familienvater, der schleichend zusammenbrach.

Da meldete sich Pater KOLBE, KZ-Häftling Nr. 16.670: „Ich will für ihn in

den Tod gehen. Er hat Frau und Kinder, er hat für wen zu leben und ich bin allein.“ Der Lagerführer willigte überraschend ein und KOLBE ging mit den anderen neun in den Hungerbunker im Block 11. Zwölf Tage danach – am 14. August 1941 – lebten nur noch vier von den zehn Todgeweihten. Da die SS-Henker die Zelle für ein neues Opfer brauchten, töteten sie KOLBE bei Bewußtsein durch eine Phenolspritze. Im Kreuzgang des Wiener Minoritenkonvikts ist dem Gedenken an Pater Maximilian KOLBE ein Sgraffito des Wiener Künstlers Prof. Ernst DEGA-SPIER gewidmet, das diesen Opfertod im KZ Auschwitz sehr ausdrucksvoll darstellt. Am 10. Okt. 1982 fand in Rom die Heiligsprechung des Märtyrers Pater Maximilian KOLBE statt und ihm wurde die Ehrung durch Altäre zu teil. In der Kapelle des ehemaligen KZ Mauthausen in Oberösterreich ist ein großes Bild zu sehen, das den Heiligen unter anderen Häftlingen aufrecht schreitend himmelwärts blickend zeigt.

### Landesverband Wien

## In memoriam Dr. Engelbert DOLLFUSS

Zum Gedenken an den ermordeten Bundeskanzler Dr. Engelbert DOLLFUSS anläßlich seines Todestages (25. Juli 1934) fand eine Kranzniederlegung auf seinem Grabe am Hietzing-Friedhof durch die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Landesverband Wien, und den Verband der Geistig Schaffenden Österreichs am Samstag, dem 19. Juli 1986, statt. Kamerad Franz FORSTER begrüßte die Teilnehmer, insbesondere die Familie Dr. NICOLADONI-DOLLFUSS. Als Vertreter des Verbandes der Geistig Schaffenden sprach Mag. Dr. Josef WINDISCH: „Wir stehen hier an der bisher letzten von drei Ruhestätten des ermordeten Bundeskanzlers Dr. Engelbert DOLLFUSS. In der frühzeitigen Erkenntnis der drohenden Gefahr für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs und für den europäischen Frieden von Seiten des Nationalsozialismus und dessen Führers Adolf HITLER setzte der Kanzler alle seine Kräfte und Fähigkeiten selbstlos für unser Vaterland ein.

Er überlebte mit des Herrgotts Hilfe den ersten Mordanschlag auf ihn am 3. Oktober 1933 im Parlament. Eine Pistolenkugel hatte die Herzgegend getroffen, eine zweite Kugel durchbohrte den Arm. Kaum und schlecht genesen, setzte Dollfuß seine Aufbauarbeit mit der Äußerung „Jetzt erst recht“ fort. Er gewann viele treue und tatkräftige Mitarbeiter und Mitkämpfer

aus allen Schichten und Ständen des Volkes in der von ihm gegründeten „Vaterländischen Front“.

Am 25. Juli 1934 begann mit Hitlers Wissen und massiver Unterstützung der Naziputsch in Wien und in fünf anderen Bundesländern. In Wien führten zur Mittagsstunde auf Lastwagen 154 Männer der illegalen SS-Standarte 89, getarnt in Heeres- und Polizeiformen, in das Bundeskanzleramt auf dem Ballhausplatz hinein, um die österreichische Bundesregierung auszuschalten. Ein Putschistentrupp stürmte das Kanzlerbüro und stieß vor dem Kongreßsaal auf den Kanzler, bei dem sich nur der Türhüter Hedvick befand.

Zwei Pistolenschüsse wurden auf den Kanzler aus allerhöchster Nähe abgegeben. Der erste Schuß ging in die Achselhöhle, der zweite Schuß ging in den Hals und der war tödlich. Die Bitte des Schwerverwundeten um einen Arzt und einen Priester wurde schroff abgewiesen. Der Kanzler litt drei Stunden große Schmerzen und verschied an inneren Blutungen. Österreich trauerte um den Märtyrerkanzler!

Die von Hitler erwartete Volkshebung und Revolution für den Nationalsozialismus vom Inland her fand nicht statt. Der Kanzler und die Toten und Verwundeten des Bundesheeres, der Exekutive und der freiwilligen Wehrverbände waren die ersten Blutzügen und Opfer der freien Welt im Abwehrkampf gegen Hitlers Aggressions- und Expansionspolitik. 269 Tote waren auf beiden Seiten der Barrikaden und auch an Unbeteiligten an diesem Krieg zu beklagen.

Bundeskanzler Dr. Engelbert DOLLFUSS war der einzige europäische Staatsmann dieser Epoche, der dem deutschen Diktator mannhaft entgegentrat und ihm nicht zuletzt durch seinen Heldentod eine schwere Niederlage zugefügt hat. Dollfuß war es auch, der mit dem alten Ruf: „Österreich über alles, wenn es nur will!“ die Österreich-Ideologie in unserem Volke weckte und festigte und damit die Grundlage für den heute unumstößlichen österreichischen Patriotismus schuf.

Wir gedenken seiner als eines der ersten Opfer des NS-Terrors in Österreich! Dollfuß wurde Vorbild für den weiteren Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Ständestaat. Viele vaterländisch gesinnte Österreicher mußten nach der Okkupation und Annexion durch Hitlerdeutschland im März 1938 Verfolgung und Haft erleiden wie wir hier; nicht alle überlebten den Terror bis zur Wiedereinstellung Österreichs 1945! Der tote Kanzler und das opfervolle Leiden vieler Patrioten wurden uns zum Vermächtnis zum

weiteren Einsatz in unserem Vaterland Österreich!"

Mit einem gemeinsamen Gebet der Teilnehmer endete die Gedenkfeier mit Kranzniederlegungen am Döllfußgrab. Im Anschluß daran wurde auch die gemeinsame Grabstätte für die am 8. April 1945 in Wien-Floridsdorf von SS-Schergen wegen der geplanten Verteidigung Wiens gegen die sinnlose Zerstörung am Kriegsende gehenden Widerstandskämpfer und Wehrmachtsoffiziere Major Karl BIEDERMAN, Hauptmann Alfred HUTH und Oberleutnant Rudolf RASCHKE aufgesucht und zu ihrem Gedenken eine Andacht abgehalten.

Am folgenden Sonntag, dem 20. Juli 1986, um 9.30 Uhr, wurde in der Wiener Votivkirche ein Gedenkgottesdienst in memoriam Dr. Engelbert DOLLFUSS abgehalten, zelebriert vom Domvikar Monsignore OSIRAT Josef PINZENÖHLER. In seiner Predigt gedachte er aller Opfer dieser Kämpfe 1934 im Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus. Im Anschluß an das Requiem wurde an den Gedenktafeln der gefallenen Wiener Heimwehrschützer eine Andacht abgehalten, wobei die Orgel „Ich hatt' einen Kameraden" intonierte.

## Landesverband Oberösterreich

### Ehrung für Kam. Anna SCHÖFFMANN

Am 17. Juni 1986 gratulierten Vertreter des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung – Abteilung Opferfürsorge namens des dienstlich verhinderten Landeshauptmannes der Jubilarin Anna SCHÖFFMANN zum 95. Geburtstag und überreichten ihr ein Ehrengeschenk.

Der Landesobmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Ing. Karl SERSCHEN, wünschte namens des Landesverbandes Oberösterreich der Jubilarin noch weitere viele Jahre bei voller Gesundheit und überreichte ihr einen großen Blumenstrauß. Kam. Anna SCHÖFFMANN, geboren am 18. Juni 1891, ist das älteste Mitglied des Landesverbandes. Ihr Gatte starb am 12. März 1945 nach zweijähriger Haft in der Haft. Die Jubilarin war selbst vom 21. 8. 1944 bis Ende Dezember 1944 politischer Häftling der Gestapo.

## Leserbrief

### Prinz-Eugen-Gedenken

Es ist erfreulich, daß sich der „Freiheitskämpfer" in seiner Juni-Ausgabe des Prinzen Eugen in einer ausführlichen Würdigung seiner hervorragenden Taten erinnert. Zu erwähnen wäre

nach gewesen, daß der Prinz zum Inhaber eines Dragonerregiments, des späteren k. u. k. Dragonerregiments Nr. 13, für alle Zeiten ernannt worden war. Dieses Regiment bestand bis zum Ende der Monarchie. In der Ersten Republik wahrte gleichfalls ein Truppenkörper des Bundesheeres die Tradition der Taten des Prinzen.

Es wäre verdienstvoll, wenn die Kameradschaft der politisch Verfolgten eine Anregung an das Bundesministerium für Landesverteidigung geben könnte, gerade in diesem Jahr eine Einheit zum Traditionstruppenkörper zu ernennen. Mit besten Grüßen

Dr. Eduard Fischer-Casimir  
Trautmannsdorfgasse 9  
1130 Wien

Anmerkung der Redaktion: Der Brief ist dem Bundesobmann zur weiteren Veranlassung und geeigneten Anregung vorgelegt worden.

## Zeitgeschichtliche Publikation:

### Planungen und Aktionen der „Antifaschistischen Freiheitsbewegung Österreichs"

Univ.-Prof. Dr. Maximilian LIEBMANN, Leiter des Institutes für Kirchengeschichte an der Karl-Franzens-Universität in Graz, brachte in der Schriftenreihe „GESCHICHTE UND GEGENWART" Nr. 2/Mai 1986, eine weitere Abhandlung über die in der NS-Zeit überaus aktiv gewesene „Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs" (AFOe), die Katholiken, Legitimisten, Vaterländische, Christlich-Soziale, Sozialdemokraten, Kommunisten und National-Slowenen im Kampf für ein freies Österreich verbündete. Im Sinne seiner ersten Abhandlung, die im Heft Nr. 4/Dezember 1985 veröffentlicht und im „Freiheitskämpfer" Nr. 1/März 1986 bereits rezensiert worden war, folgten nun die Ergebnisse seiner weiteren Untersuchungen über die Planungen und Aktionen der AFOe sowie die von einzelnen ihrer Anhänger.

Dafür konnte Prof. LIEBMANN bisher nicht bekannt gewesene Gestapo- und Gerichtsakten in seiner umsichtigen und präzisen Art auswerten. Wertvolle Ergänzungen, Klarstellungen und Berichtigungen der amtlichen Akten ergaben sich durch seine Interviews mit noch lebenden Freiheitskämpfern dieser Bewegung oder auch mit deren informierten Angehörigen. Die bisher sehr dürftigen Publikationen über die unverdient fast vergessene AFOe erhielten durch neues Quellenmaterial aus erster Hand eine bedeutende Bereicherung durch einen hoch qualifizierten Wissenschaftler, der sich um größte Objektivität bemühte.

Der Text des von Prof. LIEBMANN im

## Auschwitz-Fahrt

Die Gesellschaft für politische Aufklärung führt auch in der Karwoche 1987 eine Reisegruppe zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Um eine gründliche Vorbereitung zu ermöglichen, sollen Anmeldungen der Teilnehmer schon bis Ende September erfolgen. Vorbereitungsseminare finden am 11. und 12. 4. 1986 statt. Am 13. 4. 1986 erfolgt die Abreise nach Auschwitz/Oświęcim VR Polen. Für den 14. und 15. 4. 1986 sind die Führungen durch die Gedenkstätten vorgesehen. Eine Stadtbesichtigung in Krakau folgt am 16. 4. 1986, und am 17. 4. 1986 ist die Rückkehr.

Die Fahrt wird etwa 2500 \$ kosten, weitere Informationen und Anmeldung bei: Dr. Andreas MAJSLINGER und Mag. Reinhold GARTNER, 6020 Innsbruck, Innrain 52, Tel. (052 22) 72 42 712.

Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA) aufgestöberten „Gestapo-Schlußbescheid" vom 30. Oktober 1943 wurde fast vollständig wiedergegeben, dem aber das „Manko der Subjektivität" anhaftet, wie es bei den Untersuchungen der NS-Akten immer wieder festgestellt wurde. Die führende und treibende Tätigkeit des katholischen Priesters Dr. Anton GRANIG, des aus dem Nazikerker ungebührlich entlassenen Sturmschäfers und VF-Politikers Karl KRUMPL und des jungen Hochschülers und Unteroffiziers Eduard PUMPERNIG strich die Gestapo besonders hervor. Die Franziskaner-Patres DDr. Kapistran PIELER und Dr. Angelus STEINWENDER waren in der Organisation weniger hervorgetreten, sie wurden aber wegen ihres hohen Bildungsgrades und vor allem wegen ihres großen Einflusses als beliebte Seelsorger als besonders strafwürdig dargestellt. Der Jesuit Pater Dr. Ferdinand FRODL kam bei Gericht relativ billig weg und der Franziskaner-Pater Dr. Hartmann STAUDACHER erhielt trotz schwerer Anschuldigungen einen Freispruch mangels an Beweisen. Der damalige Erzbischof von Salzburg Dr. Andreas RÖHRACHER schien im Gestapopak als Geldspender an die AFOe auf, ein Verfahren gegen ihn erschien zum damaligen Zeitpunkt nicht tunlich und sollte offenbar später gemeinsam mit der Verfolgung hoher kirchlicher Würdenträger werden.

Die aktive Widerstandstätigkeit der später zum Tode Verurteilten und Hingerichteten, Dr. Anton GRANIG, Dr.

Angelus STEINWENDER, ODDr. Kapsian PIELLER, Wenzel PRIMOSCH, Ernst ORTNER, Karl KRUMPL, Franz BERNTHALER und Georg KÖFLER wurde ausführlich geschildert; Eduard PUMPERNIG, P. Dr. Ferdinand FRODL, Sophie JÖRGL und Franz STOPPACHER wurden zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt; in abgeordneten Verfahren kamen einige Angeklagte mit geringen Gefängnisstrafen gmpflich davon oder wurden freigesprochen; einige Strafgerichtsverfahren, insbesondere gegen Wehrmachtsangehörige, kamen durch die Säumnigkeit der militärischen Gerichtshöfen und durch den Zusammenbruch des NS-Regimes nicht mehr ins Verhandlungsstadium und zum Abschluß. Über den Obergefreiten Johann BRUNNER berichtete die Gestapo kritisch: „... am 1. 12. 1939 zur Wehrmacht eingezogen ... lediglich recht und schlecht seine Pflicht als Soldat getan.“ Diese Wertung des zwangswilligen Dienstes von Österreichern als Soldaten der Deutschen Wehrmacht hätte auch im jüngst abgelaufenen Wahlkampf für die Bundespräsidentenwahl weniger zur Eskalation beigetragen und traf beim Großteil der 1.200.000 eingezogenen Österreicher sicher zu!

Prof. LIEBMANN konnte für diese beiden Abhandlungen von Bundesrat a. D. Eduard PUMPERNIG zahlreiche schriftliche wie mündliche bzw. protokollierte Auskünfte, Richtigstellungen und Ergänzungen sachdienlich verwenden. Überdies waren noch folgende mitbetroffene Persönlichkeiten zu protokollierten Auskünften und Aufschlüssen bereit gewesen: Min.-Rat Franz BERNTHALER, Gertrude GÄBERNIG geb. BERNTHALER, P. Dr. Eugen BERTHOLD, Pfarrer Johan EK-KER, Paula KRUMPL, Dr. Erich FUHRER, Dr. Georg und Dr. Wunibald LEXER, Dr. Arthur und Marianne SCHUSCHNIGG, Mag. Paul STEINER, Hofrat Dr. Arthur TRÄTLER und Univ.-Prof. Dr. Hermann WIESFLECKER. Im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (ÖDÖW) war Frau Dr. Elisabeth KLAMPER sehr hilfsbereit mitwirkend.

Im Gestapoakt wurden die Namen von Mitgliedern und Sympathisanten der AFÖ angeführt, über deren Strafverfolgung in der NS-Zeit wenig bekannt wurde, wovon aber etliche im politischen Leben der Zweiten Republik Österreich und in den Verfolgungsverbänden verschiedener Cousins auftraten: Dr. Karl WANNER, Johann MÖLLHAMMER, Johann BRUNNER, Gotthard WUNDER, Theodor BINDER, Rechtsanwalt Dr. MOBIUS, Dr. Anton JAKLITSCH, Otilie LEXER, Josef KREUZBERGER, Karl LOSSMANN,

Ing. Hans JÖRGL, Christian BOCHINZ, Ferdinand ROM, Wilhelm HIERLÄNDER, Markus LEYERER, Alois LUGGER, Ferdinand NIEDERWIESER, Franz NAJEMNIK, Dr. Romuald GÄGER, Rudolf MOROKUTTI, Franz PREGERNIG, Franz MANDL und andere.

Prof. LIEBMANN hat mit diesen Abhandlungen über die AFÖ als Sammelbewegung von Nazigegnern aus verschiedenen politischen Lagern mühevoll den Beitrag dieser Patrioten zur Befreiung Österreichs von der NS-Gewaltherrschaft nachgewiesen und auch viele Unklarheiten und Unstimmigkeiten innerhalb der AFÖ-Mitglieder beseitigt. Allen an der Zeitegeschichte wirklich interessierten ist auch diese wissenschaftlich gründlich erarbeitete Abhandlung zum Studium wärmstens zu empfehlen. „Zeugen der Zeit“, die im Rahmen der politischen Bildung an Schulen und in diversen Lehrgängen oder Seminaren auftreten, können auch diese Abhandlungen zur Hand nehmen und ihre eigenen Erfahrungen damit ergänzen oder ausführlicher wiedergeben. Die Broschüre „GESCHICHTE UND GEGENWART“ Nr. 2/Mai 1986, kann von der Firma Walter ROTTENBERGER, „STYRIA“, Schönaugasse 64, A-8011 Graz, Tel. (03 16) 70 63 Durchwahl 104, direkt bezogen werden, Preis S 60,- exklusive Zustellungskosten. —JW—

### Leserbrief (gekürzt) Einstellungswerte

Auf dem Gebiet der Psychologie unterscheidet man u. a. zwischen schöpferischen Werten, Erlebniswerten und Einstellungswerten. Während schöpferische Werte, wie etwa die Klosterkirche in Weingarten, und Erlebniswerte, z. B. der Besuch einer großen Oper, im allgemeinen leichter begreifbar sind, wird die Erkennbarkeit bei Einstellungswerten wesentlich schwieriger. So waren in den vergangenen 50 Jahren die Österreicher wiederholt mit Situationen konfrontiert, in denen die richtige Einstellung nicht einfach war. Im März 1938, als unser Land von den deutschen Truppen besetzt wurde, waren vorerst diejenigen die Leidtragenden, die den Ungeist des Hitlerismus erkannt und die mahnende Stimme erhoben hatten; sie landeten im Konzentrationslager oder wurden gleich erschossen, wie z. B. General Zehner. Mit Kriegsbeginn waren es nicht wenige Österreicher, die den Eid auf Hitler sowie den Kriegseinsatz für Hitler ablehnten und deshalb unter dem Fallbeil starben, wie dies bei Franz Jägerstätter der Fall war. Die Einstellung zum Ergebnis der Konfe-

renz zu Moskau vom Oktober 1943 war dann sicher für viele Österreicher eine ernsthafte Gewissensfrage, weil damals der sogenannte Anschluß für null und nichtig erklärt wurde. Es ergab sich daraus, daß Adolf Hitler bei uns nie rechtmäßiger Herrscher war und daß die Österreicher rein rechtlich Hitler gegenüber zu keinerlei Leistungen verpflichtet waren. In der Folge haben sich dann auch viele Österreicher dem Widerstand angeschlossen, so z. B. Oberleutnant R. Bernardis, der im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und gehängt worden ist.

Dr. Josef Keckels  
Frastanz/Vorarlberg

### Buchbesprechung

RILL Robert: „Geschichte des Augustiner-Chorherren-Stiftes Klosterneuburg 1938 bis 1945“. Herausgeber: Institut für kirchliche Zeitgeschichte, Salzburg. Geyer-Edition Wien – Salzburg 1985, 187 Seiten, Ladenpreis öS 210,-.

Der Autor Mag. phil. Robert RILL, geboren am 11. Mai 1960 in Wien, legte die Matura am Klosterneuburger Gymnasium ab und studierte danach Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Wien. Er absolvierte von 1981 bis 1983 den Lehrgang des Institutes für Österreichische Geschichtsforschung. Das vorliegende Buch ist seine Diplomarbeit gewesen. Die benutzten Quellen sind sehr umfangreich und nach dem letzten Stand ausgewiesen.

In diesem Buch wird die schwerste Zeit des Chorherrenstiftes dargestellt. Die Politik des Stiftes gegenüber den NS-Machthabern war zunächst durch das Bemühen um „Appeasement“ gekennzeichnet. Das kirchliche Leben wurde dennoch immer mehr eingeschränkt und behindert, das Stift nach und nach enteignet.

RILL zeigt die unterschiedlichen Arten des Widerstandes auf. Während die meisten Chorherren sich auf religiöse Belange konzentrierten und durch beständige Eingaben an die rivalisierenden Staats- und Parteidienststellen zu retten suchten, was nur möglich war, gründete und leitete der Chorherr Roman SCHOLZ eine aktive Widerstandsgruppe außerhalb des Ordens. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhalten mehrerer Mitglieder der ÖCV-Verbindung „Welfta“ im Untergrund und im Widerstand gewürdigt. Interviews mit einzelnen Chorherren ergänzen das gedruckte Quellenmaterial – ein sehr gelungener Versuch der Verwendung von „Oral History“. Ein sehr empfehlenswertes Buch! —JW—

## Landesverband Burgenland

## Gedächtnisfahrt zu Gedenkstätten für NS-Opfer

Am 17. und 18. Juni 1986 unternahm der Landesverband Burgenland der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten mit 42 Mitgliedern und Angehörigen seine diesjährige Gedächtnisfahrt.

Erster Höhepunkt war eine würdige Gedenkfeier im Friedhof von Krems-Stein. Landesobmann Dr. Sattler gedachte zuerst des am 9. Jänner 1986 verstorbenen, überaus verdienstvollen Bundesobmannes Reg.-Rat Franz Pernauer in Anwesenheit von dessen Witwe. Dann erinnerte er an das im April 1945 von der SS angerichtete Blutbad, dem Hunderte von politischen Häftlingen des Zuchthauses Stein zum Opfer fielen. Auch zwei Burgenländer starben in Stein: der Bauer Josef Arner aus St. Margarethen und der Eisenstädter Franziskanerquardian DDr. Johannes Capistran Peller. Frau Gisela Kovacs, die selbst viele Monate während der NS-Zeit in Stein inhaftiert war, entzündete zwei Lichter. Ergriffen betete die Reisegruppe für alle, die wegen ihrer Überzeugung in NS-Kerkern leiden und sterben mußten.

Dann ging es durch das romantische Kamptal über Rosenberg, Horn und Schrems nach Gmünd, wo wir vom Seniorenbund-Obmann Reg.-Rat Jeschko begrüßt wurden. Nach dem Mittagessen zeigte uns Reg.-Rat Jeschko auf einer Rundfahrt die Sehenswürdigkeiten der Grenzstadt, darunter auch eine Gedenkstätte für mehr als 250 Opfer des Hitler-Faschismus. Hiernach fuhren wir über Weitra, Karlstift und Freistadt nach Kefermarkt. Kamerad Dr. Kroyer erklärte die Bilder des weltberühmten Flügelaltars und die Geschichte der Pfarrkirche. In

Linz wurden wir vom oö. Landesobmann der ÖVP-Kameradschaft Ing. Karl Serschen und seiner Gattin erwartet. In eindrucksvoller Art erklärte Ing. Serschen auf der Rundfahrt die bedeutenden Bauwerke und die Geschichte der Industriestadt. Nach dem Abendessen im Kolpinghaus gab es Gelegenheit, Erinnerungen auszutauschen, besonders zwischen Ing. Serschen und OSR Gregoric, die jahrelang gemeinsam in der NS-Zeit als politische Häftlinge viel Leid erdulden mußten.

Der zweite Reisetag begann mit dem Gedenken beim Mahnmal nahe St. Florian für 99 KZ-Häftlinge, die im April 1945 auf dem Todesmarsch von Mautausen nach Gunkirchen hier infolge Erschöpfung gestorben sind. Dann besuchten wir die sehenswerte Barock-Ausstellung im Stift St. Florian. In der Stiftskirche vermittelte uns Dechant Würzinger die Geschichte des Augustiner-Chorherren-Stiftes, wies auf die Bruckner-Orgel und das Bruckner-Grab hin und betete mit uns für alle, die aus politischen oder religiösen Gründen in der NS-Zeit Unbill und Tod erleiden mußten.

Auf dem Heimweg verabschiedeten wir uns mit herzlichem Dank vom Ehepaar Ing. Serschen in Enns, dann ging es nach dem Mittagessen in St. Valentin nach Seitensteden. Die Front des Benediktinerstiftes ist noch eingerüstet, doch Stiftshof und Kirche erstrahlen wieder in alter Schönheit. Auch hier sprach Dr. Kroyer über die Geschichte des Stiftes. Dann ging es durch die abwechslungsreiche Landschaft des Alpenvorlandes nach St. Pölten, wo wir uns von Frau Pernauer, die als Ehren-gast unsere Gedächtnisfahrt mitmachte, herzlich verabschiedeten.

In diesen zwei Tagen erhielt Dr. Kroyer viel dankbaren Beifall für seine historischen und geographischen Erläuterungen. Die erlebnisreiche, eindrucksvolle Fahrt wird allen Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben!

## Jubilare

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runde Geburtstage“:  
Die ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des FREIHEITSKÄMPFERS gratulieren herzlichst!

## Landesverband Wien

- 65 Jahre: Scheuig Herta (24. 10.)  
Wasserstrüding Adolf (23. 8.)  
70 Jahre: Feissig Wilhelmine (18. 8.)  
HR Dötting Alois (2. 10.)  
75 Jahre: Krim-Bez.-Insp. Kopp Eduard (6. 8.)  
Kientner Josef Walter (17. 8.)  
80 Jahre: Paur Mirja (7. 10.)  
Gaidatsch Theresia (17. 9.)  
90 Jahre: Reg.-Rat Berger Karl (19. 8.)

## Landesverband Burgenland

- 65 Jahre: Kummer Franziska (20. 7.)  
75 Jahre: Dr. Kroyer Rudolf (3. 8.)  
Hawlicek Anna (12. 10.)

## Landesverband Niederösterreich

- 75 Jahre: Handler Oskar (9. 11.)

## Landesverband Oberösterreich

- 95 Jahre: Schöffmann Anna (18. 6.)

## UNSERE TOTEN

## Landesverband Oberösterreich

Am 13. Juni 1986 verstarb in Gmunden unser Gründungsmitglied Erwin KIRSCH im 73. Lebensjahr.

R. I. P.

## An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:

Dr. Franz HAUF, Camillo HEGER, Dr. Josef KECKEIS, OSR Anton SATTLER, Ing. Karl SERSCHEN, Hanna TELTSCHER, Mag. Dr. Josef WINDISCH.

## Impressum und Offenlegung

**Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:** Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. **Redaktion:** ORAT I. R. Mag. Dr. Josef WINDISCH. **Verlags- und Erscheinungsort:** Wien. **Sitz des Medieninhabers, des Herausgebers, der Redaktion und der Verwaltung:** Laudongasse 18, 1080 Wien, Tel. 43 11 44. **Hersteller:** Typographische Anstalt Ges. m. b. H., Muthgasse 56, 1190 Wien.